



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 19.10.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 2. November 2022, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 14.09.2022
2. Vorstellung der Evaluationsergebnisse der Servicestelle Deutsch (Kund*innen und Trägerbefragung)

3. 22-F-15-0019

Kündigungsverhalten der Wiesbadener Wohnungsgesellschaften bei Zahlungsausfällen bei Nebenkosten?

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 19.10.2022 -

Aktuell steigen die Wohnnebenkosten in den privaten Haushalten extrem. In einem Bericht der Frankfurter Rundschau wird erwähnt, dass die landeseigene Wohnungsgesellschaft, GWH, zusagt, dass kein Mietvertrag wegen unbezahlter Nebenkostenrechnungen gekündigt werden soll.

Der Ausschuss möge beschließen,
Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Gibt es für die beiden kommunal gesteuert Wohnungsgesellschaften, die GWW und die GeWeGe, ebenfalls eine Leitlinie oder geplante Vorgehensweise, wie mit Mietern umgegangen werden soll, die aufgrund der gestiegenen Nebenkosten ihre Mietnebenkosten nicht mehr begleichen können?

4. 22-F-63-0096

Kostenlose Menstruationsprodukte in Geflüchtetenunterkünften in der LHW

- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 07.10.2022 -

Die Leistungssätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sehen keine unterschiedlichen Regelsätze für Männer und Frauen vor. Die Regelsätze sind trotz unterschiedlicher Bedarfe, besonders im Bereich der Hygiene, gleich. Bezogen auf Menstruationsprodukte entstehen so für menstruierende Personen Kosten, die nicht menstruierende Personen nicht tragen müssen. Das ist im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit zu korrigieren. Auf kommunaler Ebene kann man das Problem lösen: indem man in Geflüchtetenunterkünften kostenlose Menstruationsprodukte auf den Toiletten zur Verfügung stellt. Dann müssen menstruierende Personen diese nicht mehr von ihren Regelsätzen begleichen. Hierzu gab es bereits ein Pilotprojekt im Rheingau-Taunus-Kreis. Die Ergebnisse dieses Pilotprojekts¹ (XI/541) sind äußerst positiv. Die Produkte waren ein "Türöffner" für vertrauensvolle Gespräche zwischen Mitarbeitenden und Bewohnerinnen.

Im Sinne der Nachhaltigkeit sollte hierbei vor allem auf Mehrwegprodukte wie Menstruationstassen und Menstruationsunterwäsche gesetzt werden und Reinigungsmöglichkeiten für diese in den Unterkünften zur Verfügung gestellt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. in allen Geflüchtetenunterkünften in der Landeshauptstadt Wiesbaden kostenlose Menstruationsprodukte zur Verfügung zu stellen. Es soll mindestens eine Erstausrüstung mit Mehrwegprodukten und Binden und Tampons in verschiedenen Größen kostenlos angeboten

¹ <https://www.rheingau-taunus.de/ris/rtk/file/getfile/42227>

bzw. verteilt werden. Weiterhin sollen Möglichkeiten zur Reinigung der Mehrwegprodukte gestellt werden.

2. Bei Bedarf sollen menstruierende Personen geeignete Ansprechpersonen in den Unterkünften aufsuchen können, um sich über Handhabung und Reinigung zu informieren.
3. zwölf Monate nach der Umsetzung einen Bericht über die Akzeptanz des Angebots vorzulegen, um das Angebot gegebenenfalls zu optimieren.

5. 22-F-63-0097

Sprachförderung in Kitas

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 19.10.2022 -

Viele Kinder haben Sprachprobleme, bevor sie erstmals eine Kindertagesstätte besuchen. Das hängt nicht unbedingt mit ihrem Elternhaus zusammen, kann hierbei aber ein Faktor sein. Die Sprachförderung in Kitas ist in Anbetracht dessen ein Grundstein der Chancengleichheit. Deshalb hat die Bundesregierung im Januar 2016 das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ auf den Weg gebracht. Es soll Kindern spielerisch dabei helfen, ihre Sprachfähigkeiten auszubauen und die notwendigen Grundlagen für ihren Start in das Schulleben schaffen. Dieses Programm läuft Ende 2022 aus. Ein Nachfolgeprogramm des Bundes ist derzeit nicht geplant.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie viele Einrichtungen und Kinder in Wiesbaden von der Sprachförderung aus dem Bundesprogramm Sprach-Kitas profitieren.
2. wie die Sprachförderung in Wiesbadener Kitas aufgebaut ist und nach welchen Kriterien die zu fördernden Kinder ausgewählt werden.
3. ob es eine logopädische Betreuung in den städtischen Kitas gibt.
4. welche Erfolge durch das Programm zu verzeichnen sind.
5. welche weiteren Sprachförderungen es für Kinder unter 6 Jahren in Wiesbaden gibt.
6. wie hoch der darüber hinausgehende Förderbedarf im sprachlichen Bereich bei Kindern unter 6 Jahren eingeschätzt wird.
7. wie sich die Finanzierung in Wiesbaden insbesondere nach einem etwaigen Auslaufen des Bundesprogramms für Sprachförderung gestaltet.

6. 22-F-69-0054

Sachstandsbericht Wiesbadener Integrationsvereinbarung

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 19.10.2022 -

Auf Basis der Wiesbadener Linie der Toleranz und Integration haben seit 2007 diverse Religionsgemeinschaften die Vereinbarung zur Förderung der Integration durch

Zusammenarbeit (kurz: Integrationsvereinbarung) mit der Landeshauptstadt Wiesbaden geschlossen.

Diese beinhaltet u.a. gemeinsame Wertgrundlagen und Maßnahmen, welche diese Wertgrundlagen mit Leben füllen, sowie konkret zu unternehmende Integrationsbemühungen der Stadt Wiesbaden und der jeweiligen Gemeinde.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, einen **schriftlichen** Sachstandsbericht zur Integrationsvereinbarung zu geben, der insbesondere die folgenden Fragen beantwortet:

1. welche Religionsgemeinschaften/ Gemeinden haben die Vereinbarung aktuell unterschrieben?
2. mit welchen Gemeinden laufen aktuell Verhandlungen?
3. mit welchen Gemeinden wurden in der Vergangenheit Verhandlungen geführt? Aus welchen Gründen wurden diese abgebrochen oder sind nicht abgeschlossen worden?
4. gibt es noch weitere in der Landeshauptstadt Wiesbaden ansässige Religionsgemeinschaften, mit denen die Integrationsvereinbarung abgeschlossen werden könnte (mit realistischen Erfolgsaussichten)?
5. mit welchen Gemeinden scheint ein Abschluss der Vereinbarung nicht realistisch zu sein und warum nicht?
6. wie leben sowohl die Landeshauptstadt Wiesbaden, als auch die Gemeinden die Vereinbarung jeweils - insbesondere in Bezug auf Integrationsbemühungen und Geschlechtergleichberechtigung?
7. gibt es weiterhin Überlegungen, die Vereinbarung inhaltlich anzupassen? Wenn ja, welche sind das?

7. 22-A-79-0003

Sachstandsbericht zur Lage der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

8. 22-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 22-V-33-0004 DL 32/22-3
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 25.10.2022 -

2. 22-V-51-0011 DL 32/22-5
Kommunale Zuschussförderung im sozialen Mietwohnungsbau - Erweiterung der Richtlinie zur kommunalen Mitfinanzierung (Ausführungsvorlage)
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 25.10.2022 -

3. 22-V-51-0044 DL 32-22-6
Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Einrichtung einer Natur-Kindertagesstätte durch den Träger La Li Lu Freudenberger Kindertagesstätte Natur und Kunst e. V.
- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 25.10.2022 -

4. 22-V-51-0047 DL 31/22-8
Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für die Jahre 2020/2021

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten
Vorsitzender